63. Jahrgang. № 210. Freitag, 1. August 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr und Anzeigen-Preise: vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 5.40 M. monatlich 1.80 M. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Gießen- und Wohnungsmarkt, einspaltige Ein- und Verkäufe 25 %. Vorausbezahlung laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 15 Pf., Sonntags 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Annahme der neuen Reichsverfassung.

Entente und Sowjetregierung in Budapest.

Es ist das sechste Jahr seit dem Ausbruch des Weltkrieges, das heute beginnt. Als am Sonnabend, den 1. August 1914, bei uns die Mobilmachung verkündet wurde, ging ein zukunftsfreudiges Hoffen durch unsere Seelen, und das Bewußtsein unserer gerechten Sache, das damals noch durch keine tendenziösen Erörterungen über die Schuldfrage getrübt war, stählte unsere Nerven so sehr, daß wir die Zuversicht auf einen guten Ausgang des gewaltigen Ringens selbst dann nicht verloren, als eine Kriegserklärung nach der anderen auf uns herniederprasselte und wir schließlich mit nahezu der gesamten Welt im Kampfe standen. Doch unsere Nervenkraft blieb zuletzt der allzu großen Belastungsprobe, die ihr die übermäßig lange Dauer des Krieges auferlegte, nicht gewachsen. Der endlose Hunger zermürbte uns moralisch, die zersetzenden Einflüsse wurden übermächtig, und heute liegen wir am Boden, ein von seinen Feinden zertretenes Volk, das sich vor die ungeheure Aufgabe gestellt sieht, aus einem Trümmerhaufen seine nationale Existenz neu aufzubauen, während die Entente mit der Sklavenpeitsche dabeisteht und uns zur Fronarbeit in ihrem eigenen Interesse antreibt, so daß wir nicht wissen, wie wir das für uns selbst zum Leben Nötigste aufbringen sollen. Und ähnlich wie uns geht es unseren ehemaligen Bundesgenossen, die von der Entente in einer Weise gerupft, zerzaust und aufgeteilt werden, daß die schonungslos verübte Gewalt gen Himmel schreit. Bei alledem läßt sich nicht einmal sagen, daß im sechsten Jahre seit Beginn des Weltkrieges nun wenigstens äußerlich Friede herrscht. Der Zustand, den die Versailler Gewaltfriedensschlüsse bis jetzt geschaffen haben, ist so unzulänglich, daß sogar ein dumpfer Kirchhofsfriede den Völkern versagt geblieben ist. Noch immer finden im Osten und Südosten unseres einem feindlichen Schicksal anheimgefallenen Erdteils blutige Kämpfe statt. In Rußland, Ungarn und Galizien werden rastlos weiter Gräber geschaufelt für ungezählte junge Männer, die der unersättliche Schnitter Tod im Kugelregen dahinrafft. Tschechen, Südslawen, Rumänen, Franzosen, Serben, Italiener, alle stehen gegeneinander mit haßerfüllten Trieben, und trotz Selbstbestimmungsrecht und internationaler Gerechtigkeit ist die Verwirrung auf dem Balkan ärger als vor dem Kriege.

Alle diese ungeklärten, der Wiederkehr von Recht, Gesetz und Ordnung abträglichen Verhältnisse begünstigen das Emporschießen der Giftpflanze des Bolschewismus, die nur da gedeihen kann, wo die äußerste, bis zur völligen Abstumpfung gediehene Verzweiflung sich einer Bevölkerung bemächtigt hat. Aus solchem Sumpfboden ist auch die bolschewistische Räteregierung in Budapest emporgewachsen. Sie konnte aber in Ungarn nicht ebenso tiefe Wurzeln schlagen, wie in Rußland, weil im ungarischen Staate die kulturelle Lebensenergie trotz des durch den Krieg und den miserablen Frieden verursachten Elends immer noch weit stärker entwickelt ist, als in dem ehemaligen Zarenreich. Die Budapester Sowjetregierung hielt sich in den ersten Wochen mit Hilfe ganz abnormer Lohnsteigerungen, die für fachlich geschulte Kräfte bis zu 3000 Kronen monatlich (!) betrugen. Sofort begann sich aber auch die Kehrseite der Medaille zu zeigen. Die industriellen Betriebe mußten sehr bald infolge der unsinnigen Lohn- und Gehaltstreiberei, sowie wegen des Mangels an Kohlen und Rohstoffen bis auf etwa 20 v. H. eingestellt werden. Dann kam ein Ukas heraus, daß alle Arbeiter, die nicht freiwillig in die Rote Armee einträten, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten sollten. Damit war indirekt der Militärzwang eingeführt, der das große Heer der Industriearbeiter mittels nicht bloß strengster, sondern grausamster Disziplin in den Dienst des Bolschewismus preßte. Beruflich tätige Industriearbeiter waren nur noch vereinzelt vorhanden, da die Industriebetriebe schließlich bis auf Mühlen und Munitionsfabriken fast alle stillstanden. Die große Menge der Arbeiterschaft wurde in rote Soldaten umgewandelt, die zur höheren Ehre des Sowjetdiktators Bela Khun nebst Genossen ihr Blut gegen Serben, Tschechen, Rumänen und Franzosen verspritzen mußten. Dieses Vorgehen veranlaßte den „Vorwärts" zu der Erklärung, die „Budapester Regierer" hätten in der Leichtfertigkeit, ein Volk in den Krieg zu stürzen, den kapitalistischen Militaristen nichts nachgegeben. Den Sowjetmilitarismus haben aber die ungarischen Arbeiter inzwischen schon so gründlich satt bekommen, daß sie an der Front nicht mehr standhalten. Gleichzeitig nimmt auch der Widerstand gegen den Bolschewismus im Innern Ungarns ständig zu, und dadurch sind Bela Khun und seine Leute in eine Bedrängnis geraten, für deren hohen Grad der Umstand bezeichnend ist, daß sie einen flehentlichen Hilferuf an „alle Proletarier der Welt" gerichtet haben. Wird ihnen aber nichts helfen; denn die überwiegende Stimmung der Arbeiterschaft ist gegenwärtig überall kühl bis ans Herz hinan gegen die bolschewistischen Menschheitsbeglücker. Trotzdem bleibt die Gefahr des Bolschewismus freilich so lange bestehen, als die europäische Menschheit sich nicht aus dem wirtschaftlichen Elend, das die Folge des Krieges und der harten Friedensverträge ist, endgültig emporgearbeitet hat.

Die Budapester Mißwirtschaft, die mit Hunger und Massenhinrichtungen Hand in Hand geht, ist nunmehr den sozialistischen, nicht bolschewistisch gesinnten ungarischen Gewerkschaften zu arg geworden, und sie haben der Entente erklärt, daß sie das Budapester Schreckensregiment stürzen würden, wenn die Friedensbedingungen eine solche Abänderung erführen, daß dabei eine Lebensmöglichkeit für den ungarischen Staat übrig bliebe. Es ist kaum anzunehmen, daß die Führer der Gewerkschaften, die in der Arbeiterschaft Ungarns eine stattliche Macht hinter sich haben, einfach ins Blaue hineinreden, sondern man wird ihnen schon zutrauen dürfen, daß sie imstande sind, ihre Zusage wahr zu machen. Man kann es ihnen aber billigerweise auch nicht verdenken, daß sie nicht in Budapest Ordnung schaffen wollen, bloß damit die Entente den Nutzen davon hat und ihren Gewinn aus den unmenschlich harten Friedensbedingungen mühelos von der neuen sozialistischen Regierung einfordern kann. Die Gegenleistung, welche die ungarischen Sozialisten für den Sturz der Räteregierung von der Entente verlangen, besteht in einer Abänderung des Friedensvertrages auf der Grundlage, daß Budapest sofort mit Lebensmitteln versorgt wird; daß die ungarischen Grenzen mit den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des Staates in Uebereinstimmung gebracht und die Forderungen nach Leistung von Kriegsentschädigung, sowie Ablieferung von Eisenbahnmaterial und landwirtschaftlichen Maschinen fallen gelassen werden. Daß die Alchimisten, die in der Versailler Retorte das neue „friedliche" Europa zusammenbrauen, alle diese Punkte glatt bewilligen werden, liegt natürlich außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit. Auf jeden Fall aber ist der Appell, den die ungarischen Sozialisten so an das Gewissen der Entente richten, ein beachtenswerter Vorgang, der den Machthabern vom Schlage eines Wilson, Lloyd George, Clémenceau und Orlando in einem kritischen Augenblick deutlich zum Bewußtsein bringt, welche unabsehbare Verantwortung sie mit ihren beispiellos harten Friedensbedingungen gegenüber allen ihren besiegten Gegnern auf sich geladen haben. Je klarer das Bewußtsein der hoffnungslosen Knechtung, die der Friedensvertrag mit sich bringt, bei einer der besiegten Nationen zum Durchbruch kommt, desto größer wird auch die Gefahr, daß ihre sittliche Widerstandskraft erlahmt und sie dem Bolschewismus zum Opfer fällt. Das Fortschreiten des bolschewistischen Auflösungsprozesses aber muß schließlich die ganze europäische Kultur in Frage stellen, und deshalb dürfte die Entente, wenn ihre gegenwärtigen Leiter nur noch einen Funken von allgemeinem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der gesamten Menschheit in sich tragen, nicht zögern, die Gelegenheit, in Ungarn mit dem Sowjetunfug reinen Tisch zu machen, zu benutzen und durch vernünftiges Entgegenkommen gegen die berechtigten Wünsche der ungarischen Sozialisten nach Revision des Friedensvertrages die dortige Lage zu klären. Die ungarischen Sozialisten werden gewiß schon zufrieden sein, wenn nur ein Teil der von ihnen aufgestellten Forderungen bewilligt wird. Lehnt aber die Entente jedes Eingehen auf das Angebot rundweg ab, so wird sie vor der ganzen zivilisierten Welt in ihrem gewissenlosen Machthunger an den Pranger gestellt, und ihre vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber allen noch so dringlichen Erwägungen, die für die gründliche Unterdrückung des Bolschewismus sprechen, in unerbittliche Beleuchtung gerückt.

Die Schlußberatung der Verfassungsvorlage.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

(Fortsetzung aus dem Vorabend-Blatt.)

Preußischer Minister des Innern Heine:

Der eingebrachte Kompromißantrag ist kein Fortschritt gegen die Fassung der zweiten Lesung. Gegen den Willen der Volksvertretung eines Bundesstaates soll aus dem Körper dieses Staates ein Stück herausgenommen werden, während die Volksvertretung der eigentlich Regierende und die Regierung nur ihr Wortführer ist. Ich stelle noch fest: Ein Kompromiß ist geschlossen worden nach reiflicher Ueberlegung und Erwägung. Plötzlich im letzten Moment wird es über den Haufen geworfen durch Verabredungen, bei deren man es nicht einmal für gut gehalten hat, die Vertreter der Bundesstaaten zu hören. (Hört, hört! und Bewegung.) Ueberhaupt wird

die Verfassung in vielen Punkten bereits in nächster Zeit revidiert

werden müssen. Die Rufe nach Sonderrepubliken angeblich — (Angeblich? Bewegung.), jawohl, angeblich innerhalb des Deutschen Reiches werden zu häufig laut, so daß schließlich die Gefahr entsteht, das Publikum könnte daran als etwas Unabänderliches glauben. Ich warne vor der Bildung solcher selbständiger Republiken, auch im Rheinlande, wo dem vom Feinde besetzten linken Rheinufer auch noch Westfalen angegliedert werden soll. Auch das rechtsrheinische Gebiet würde demselben Einfluß ausgesetzt sein, wie heute das besetzte Gebiet. Das Verhältnis Preußens zum Reiche sollen wir nicht vom Standpunkte der Eifersüchteleien von Reich und Preußen und der einzelnen Ressorts untereinander behandeln. Das Reich muß eine einheitliche und gemeinsame Verwaltung erhalten. Die vielen Einzelstaaten würden auch

eine außerordentliche Verteuerung

des Verwaltungssystems bedeuten. Das alte preußische Verwaltungssystem ist das billigste gewesen, das es je in der Welt gegeben hat. (Lebhafte Hört-hört-Rufe rechts und in der Mitte.) Jawohl, es läßt sich nicht bestreiten, daß das demokratisch-republikanische Verwaltungssystem viel mehr Geld fordern wird! (Erneutes Hört, hört! rechts, Unruhe links.) Aus der Stellungnahme Preußens zu dem thüringischen Plan werden Sie erkennen, daß Preußen auch Thüringen in seinem Streben, zu einem leistungsfähigen Gesamtstaate zu kommen, unterstützen wird. Reißt man Fetzen aus Preußen heraus zur Gründung von gegen Preußen stehende Kleinstaaten, dann dient man der Einheit nicht. Nehmen Sie den Artikel 18 in der neuen Fassung an. Er möge aber nur in Anwendung gebracht werden, wenn wirkliche Interessen des Reiches in Frage kommen. (Lebhafter Beifall.)

Regierungskommissar Dr. **Preuß**: Ich freue mich, aus den Ausführungen meines Vorredners entnehmen zu können, daß er Ihnen die Annahme des Kompromißantrags empfohlen hat. — **Auch der Kompromißantrag zum Artikel 18 wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.**

Es folgt die Beratung der zurückgestellten Artikel 74 und 76

Volksentscheid und Verfassungsänderungen.

Nach kurzer unerheblicher Aussprache wird ein Antrag Waldstein (Dem.), Dr. Beuerle (Zentr.), Katzenstein (Soz.) angenommen auf Einfügung eines Artikels 75a: „Durch den Volksentscheid kann ein Beschluß des Reichstags nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt." Angenommen wird ferner ein Kompromißantrag Waldstein (Dem.) und Gen., wonach im Artikel 76 bestimmt wird, daß, wenn auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden soll, dazu die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist. Endlich wird noch ein Antrag Dr. Beuerle (Zentr.) und Gen. angenommen, wonach Artikel 76 einen zweiten neuen Absatz erhält: „Hat der Reichstag entgegen dem Einspruche des Reichsrates eine Verfassungsänderung beschlossen, so darf der Reichspräsident dieses Gesetz nicht verkünden, wenn der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volksentscheid verlangt."

Darauf geht das Haus zu dem dritten Abschnitt der Grundrechte,

Religion und Religionsgesellschaften

(Artikel 132 bis 138) über. — Zu Artikel 134, Religionsgesellschaften, bemerkt Abg. **Kahl** (D. Vp.): Wir haben die Abänderung beantragt, daß nicht die Zeit ihres Bestehens, sondern die Verfassung der Religionsgesellschaften ein Kriterium ihrer Würdigkeit für das Recht, Körperschaften des öffentlichen Rechts zu werden, sein soll. — Die Anträge Kahl werden angenommen und mit einigen weiteren Aenderungen der ganze Artikel. — Nach weiterer Debatte wird der Abschnitt nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. — Um 1¼ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf nachmittags 3 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Um 3½ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Beratung wird fortgesetzt mit Abschnitt 4.

Bildung und Schule

(Artikel 139 bis 147). Die Artikel werden gemeinsam zur Beratung gestellt.

Unterstaatssekretär **Schulz**: Ueber den Grundgedanken des Artikels 148, wonach sich auf einer für alle gemeinsamen Grundschule das mittlere und höhere Volksschulwesen organisch aufbauen soll, sind auch die drei großen Parteien einig. Ein neuer Absatz schafft demgegenüber die von dieser Norm abweichenden Schulformen. Als solche werden angesehen die Volksschulen bestimmter religiöser Bekenntnisse und die rein weltlichen Schulen, in denen Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt wird. Diese Schulen sollen innerhalb der Gemeinden errichtet werden können. Spezialfragen sollen die Landesgesetzgebungen regeln nach Richtlinien, die durch ein Reichsgesetz aufzustellen sind. Dieses Reichsgesetz soll baldigst erlassen werden. Pädagogische Versuchsschulen, sobald es sich wirklich um ernsthafte und wertvolle erzieherische Versuche handelt, sollen auch künftig genehmigt werden. — In Artikel 146 soll nach unserem Antrag die Teilnahme am Religionsunterricht demjenigen überlassen werden, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.

Es folgt der fünfte Abschnitt der Grundrechte, Artikel 148 bis 162, über

das Wirtschaftsleben

Im Artikel 150 (Eigentum) wird auf Antrag Dr. Heinze (D. Vp.) u. Gen. dem Absatz über Enteignung der Satz hinzugefügt: Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen. Abg. Hue (Soz.) empfiehlt den Antrag Auer (Soz.) u. Gen.: „Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sind in das Gemeineigentum überzuführen. Private Regale und Mutungen sind auf den Staat zu übertragen. Das Nähere bestimmt die Gesetzgebung." Das Wort Mutungen des Antrages Auer wird auf Antrag Katzenstein (Soz.) in „Bergwerksverleihungen" abgeändert. Bei der Abstimmung über den Antrag Auer durch Hammelsprung ergibt sich die Ablehnung mit 170 gegen 152 Stimmen. Das Ergebnis wird mit stürmischen Pfui-Rufen bei den Sozialdemokraten aufgenommen. Einzelne sozialdemokratische Abgeordnete sprechen in größter Erregung auf demokratische Abgeordnete ein. Es entsteht größter Lärm. Präsident Fehrenbach rügt die Pfui-Rufe bei Abstimmungen und bittet dringend um Ruhe. — Der Streichungsantrag Arnstadt wird ebenfalls abgelehnt; der Antrag Spahn wird mit großer Mehrheit angenommen.

Zu dem Artikel liegt ferner folgende Entschließung Spahn (Z.) u. Gen. vor: „Die Regierung zur Vorlage eines baldigen Gesetzentwurfes zu ersuchen, wonach die auf Mutungen beruhenden, noch nicht zur Benutzung gelangten Bergwerksberechtigungen alsbald auf ihren Entstehungsgrund und ihre wirtschaftliche Bedeutung mit dem Ziele zu prüfen sind, sie in die Hand des Reiches zu übergeben." — Die Annahme der Entschließung erfolgt ohne Aussprache mit großer Mehrheit.

Artikel 158 erhält auf Antrag Spahn die Fassung: Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz